

sehen Ländern und dessen Bonner Variante in Gestalt der „neuen Ostpolitik“ der Kiesinger/Strauß-Regierung. Grundbedingung einer europäischen Friedensordnung ist die Anerkennung des Status quo. Die DDR geht im Kampf um die europäische Sicherheit von ihrer besonderen Verantwortung für die Friedenssicherung in Deutschland aus. So unterbreitete sie im Jan. 1966 Vorschläge zur Vorbereitung für ein S. Die DDR ist seit Jahren um eine Verständigung über die vorbehaltlose Unterstützung eines Atomwaffensperrvertrags, um den Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen, um die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone bemüht. Sie schlägt vor, daß auf dem Territorium beider deutscher Staaten keine Kernwaffen gelagert werden. Von der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages wurde allen europäischen Staaten eine „Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ (Juli 1966) vorgelegt, die die aktuellen Erfordernisse der europäischen Sicherheit zusammenfaßt und konkrete Maßnahmen vorschlägt: Auflösung der Militärbündnisse; Teilmaßnahmen zur militärischen Entspannung, wie Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte und Bildung atomwaffenfreier Zonen; Verhinderung des Zugangs der westdeutschen Bundesrepublik zu Kernwaffen in jeder Form; Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen, vor allem der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten und der

Oder-Neiße-Grenze; schrittweise Herbeiführung einer deutschen Friedensregelung; Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten; Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz. Seither hat die Idee, die Sicherheit Europas auf der Grundlage der Anerkennung der bestehenden territorialen und staatlichen Ordnung zu gewährleisten, auch in der politischen Öffentlichkeit der kapitalistischen Länder Westeuropas viele Befürworter gefunden. In dem von den Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien (Apr. 1967 in Karlovy Vary) ausgearbeiteten Aktionsprogramm, das der Schaffung eines S. dient, wird erklärt, daß das Anwachsen der Kräfte des Friedens und des Sozialismus zu neuen Tendenzen und Erscheinungen der Minderung der Spannungen in Europa geführt hat. Das Aktionsprogramm fordert als Voraussetzung eines S.: Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Europa, insbesondere der Grenzen an Oder und Neiße sowie der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten; Anerkennung der Existenz zweier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten, was von der Bundesrepublik den Verzicht auf die Alleinvertretungsanmaßung erfordert; Verhinderung des Zutritts der westdeutschen Bundesrepublik zu Kernwaffen in jeglicher Form; Anerkennung, daß das Münchener Diktat vom Augenblick seines Abschlusses an ungültig ist.